



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIII/232 - 11. Oktober 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Die Bundeswehr in der politischen Diskussion Von Hans Merten, KdF	69
3	Der Staatsstreich in Karachi Iskander Mirza übernimmt in Pakistan die Macht	49
4	In Gedenken Otto Eggertsdorf's Von Max Kukil Vorstandsmitglied der SPD	54
5 - 6	Streit um Brecht und Sartre Für Jugendaufführungen nicht geeignet?	61

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

## Die Bundeswehr in der politischen Diskussion

Von Hans Kerten, M.d.B.

Wir müssen uns langsam daran gewöhnen, die politischen Ziele und Richtlinien der Bundesregierung außerhalb des Parlaments in Fernsehsendungen oder Pressekonferenzen zu erfahren. Diese Methode erleichtert die politische Diskussion zwar nicht, fördert dagegen die Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie von innen. Das ist besonders dann bedauernd, wenn es zu einem Zeitpunkt geschieht, in dem durch "psychologische Kampfführung" jeder einzelne Staatsbürger zu einem aktiven Mitarbeiter für die parlamentarische Demokratie gemacht werden soll.

Aktueller Anlaß zu diesen allgemeinen Bemerkungen sind die Erklärungen des Ministers Strauß zur Wehrpolitik der Bundesregierung, die in diesen Tagen auf einer Pressekonferenz, nicht aber im Parlament abgegeben wurden. In dieser Konferenz wurde von dem Minister die SPD ausdrücklich angesprochen, obwohl er wissen mußte, daß sie seine Äußerungen nur durch Verlautbarungen der publizistischen Organe mit der Möglichkeit des Mißverständnisses erfahren kann. Nur unter diesem Vorbehalt kann daher auf die Erklärungen des Verteidigungsministers eingegangen werden.

Die Manöverkritik wird die SPD im Verteidigungsausschuß des Parlaments in Anwesenheit derjenigen abhalten, die für die Durchführung der Manöver verantwortlich waren. Hier soll nur ein von dem Minister angesprochener Punkt herausgegriffen werden. Der Minister bezeichnete die unklaren Vorstellungen über Auswirkungen von Atomwaffen auf Truppe und Führung als Nachteil, der sich bei den Manövern herausgestellt habe. Wir möchten dieser richtigen Feststellung noch hinzufügen, daß uns diese unklaren Vorstellungen nicht in Unrasten versetzen, denn sie sind die logische Folge der Verharmlosungs- und Verriedlichungspropaganda der Bundesregierung in Bezug auf die Auswirkung atomarer Waffen. Vielleicht liegt hier einmal ein Grund, nachdenklich zu werden und der Truppe reinen Wein über die Schrecken des atomaren Krieges einzuschenken.

Wir geben dem Minister recht, wenn er für eine gute Verteidigungsarmee die Stärkung des demokratischen und staatsbürgerlichen Bewusstseins fordert. Diese Forderung kann er fast wörtlich in der Entschliessung des Stuttgarter Parteitages zur Wehrpolitik im gespaltenen Deutschland nachlesen. Die weitere Forderung von Strauß, die Truppe müsse im politischen Sinne gesinnungstreu zum Westen und zur NATO stehen, verstehen wir nicht ganz. Die NATO ist, und das ist ihre Schwäche, ein reines militärisches Bündnis, hinter dem keine einheitliche politische Konzeption steht. Wir brauchen nur an Suez, die Krisen im Fernen und Nahen Osten, an Zypern und an Island zu erinnern. Die SPD vertritt bedingungslos den Vorrang des politischen vor dem militärischen Denken. Dieser Gedanke zieht sich wie ein roter Faden durch ihre Vorstellungen von Wehrpolitik. Die NATO scheint uns das ungeeigneste Objekt zu sein, um diesen Gedanken der Truppe nahezubringen. Möge uns der Himmel davor bewahren, aus der NATO eine Art von Weltanschauung zu machen. Wir freuen uns darüber, daß in der Bundeswehr selbst volles Verständnis gegenüber dieser Auffassung der SPD immer wieder festgestellt werden kann.

Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß die SPD in Fragen der Landesverteidigung konkret mitarbeite. Er kann beruhigt sein. Die SPD hat das in den vergangenen Jahren getan. Sie tut es in der Gegenwart, und nichts spricht dagegen, daß sie es auch in der Zukunft tut. Allerdings bedeutet Zusammenarbeit nicht, daß sich der eine Partner bedingungslos den Vorstellungen des anderen fügt. Voraussetzung für eine derartige Zusammenarbeit, die von der SPD gewünscht wird, ist ein echtes Gespräch über die einzelnen Probleme, das von dem Willen getragen ist, auf die Argumente des Partners einzugehen, die eigenen Argumente kritisch zu prüfen und sich ohne Kapitulation des Einen vor dem Anderen zusammenzufinden.

Die Manöver haben in vielen Punkten ergeben, daß die wehrpolitischen Vorstellungen der SPD richtig waren. Bestimmend für diese Vorstellungen sind die Wiedervereinigung und die Sicherheit Deutschlands. Hier muß daher auch der Hebel angesetzt werden, wenn es zu einer Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition kommen soll. Auch die Staatsbürger in Uniform werden manches Mißverständnis vermeiden, wenn sie sich zunächst mit den politischen Zielen der demokratischen Parteien vertraut machen, ehe sie daran gehen, sich mit den wehrpolitischen Folgerungen dieser Ziele zu befassen. Ein gutes Beispiel des zuständigen Ministers wäre zu begrüßen.

### Der Staatsstreich in Karachi

H.S.D. - Pakistans Staatspräsident hat vor wenigen Tagen in einem kurzen Dekret die Verfassung des Landes aufgehoben, das Parlament aufgelöst, die bisherige Regierung nach Hause geschickt und die bestehenden politischen Parteien verboten. Ohne Zweifel bedeutet dieser Schritt das Ende der parlamentarischen Regierungsform in Pakistan, obwohl es nicht den Anschein hat, als beabsichtigte Iskander Mirza eine an faschistische oder kommunistische Vorbilder erinnernde Diktatur eines Mannes oder einer Gruppe zu errichten. Hinzukommt, daß das parlamentarische System in der jungen Republik leider nie mehr als ein Zerrbild dessen gewesen ist, was man sich unter diesem Begriff vorstellt. Seit Jahren haben die verantwortlichen Parteipolitiker Pakistans, mögen sie der einst allmächtigen Moslem-Liga oder der Awami-Partei angehört haben, an die Stelle demokratischer Spielregeln die Formen der feudalen Gruppenherrschaft oder Familienklane gesetzt. So nimmt es nicht Wunder, daß hinter der Fassade des Parlamentarismus Korruption, Machtkämpfe und schrankenloser Egoismus wucherten.

Als im Jahre 1947 die Republik Pakistan durch die Teilung des ehemaligen Britisch-Indiens entstand, glaubten viele, nicht nur im Lande selbst, daß es möglich sei, ein Staatswesen allein auf der Grundlage einer Religion zu errichten. Es war der Islam, der diesen Staat zusammenhalten sollte. Ein Leber lang hatte Ali Jinnah, der legendäre Vorkämpfer der Pakistan-Idee, für die Verwirklichung seines religiös-politischen Anliegens gekämpft. Ein Staat sollte alle indischen Mohammedaner umfassen und damit, wie er es nannte, "den aggressiven Hinduismus" eine staatspolitische Schranke vorschreiben. Nun, schon die Bildung des Staates selbst stand unter unglücklichen Vorzeichen. Hunderttausende von indischen Menschen, Moslems wie Hindus, starben als Opfer der nach der Teilung in Indien ausbrechenden religiösen Programme. Große Umsiedlungen, verbunden mit der räumlichen Trennung Pakistans in zwei Staatsteile, schufen Probleme, die auch eine große Idee nur sehr schwer bewältigen konnte.

Die Angst vor der indischen Republik wurde zur Staatsräson erhoben und bestimmte damit die außenpolitische Stellung des Landes. Die Ermordung des sehr klugen und vielleicht größten Pakistaners, Liaquat Ali Khan, begrub schließlich sämtliche Hoffnungen auf eine allmähliche Konsolidierung des Staates und ein vernünftiges Verhältnis zur indischen Schwesterrepublik. Während die politische und soziale Neuordnung Südostasiens und des Fernen Ostens unter verschiedenen Vorzeichen vorgenommen wurde, blieb Pakistan außerhalb dieser Entwicklung. Das Regime der Großgrundbesitzer und reichen Kaufleute, die unter dem Vorzeichen der Religion ihre machtpolitischen Geschäfte unter sich ausmachten, ließ Pakistan in ein Chaos versinken, aus dem auch nicht die außenpolitische Bindung an die USA und westliche Bündnisysteme einen Weg nach vorne bot. Den Machthabern in Karachi wurde es dadurch ermöglicht, gegenüber westlichen Kritikern mit dem Hinweis auf die Bekämpfung des Kommunismus zu antworten und soziale Reformen zu verhindern, unter dem Hinweis, diese würden die außenpolitische Bündnisfähigkeit des Landes mit dem Westen erschweren.

Iskander Mirza wird ohne Zweifel versuchen, das Erbe, das die fehlgeleitete pakistanische Politik der letzten Jahre hinterlassen hat, zu überwinden und Pakistan zu einem wirklich stabilen Faktor der asiatischen Politik zu machen.

Wir gedenken Otto Eggerstedt's

Von Max Kukil, Vorstandsmitglied der SPD

Vor 25 Jahren, am 12. Oktober 1933, wurde der frühere Polizeipräsident von Altona, Otto Eggerstedt, im KZ-Lager II Esterwegen ermordet. Eggerstedt war in der Weimarer Republik Parteisekretär in Kiel und Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD von Schleswig-Holstein. 1921 wurde er als Nachfolger von Karl Legien in den Reichstag entsandt. 1929 ernannte der damalige Preussische Innenminister Albert Grzesinsky den als Regierungsrat in Wandebek tätigen Otto Eggerstedt zum Polizeipräsidenten in Altona. Nach dem Sturz der Preußischen Regierung Braun-Severing im Juli 1932 wurde Eggerstedt, wie viele andere Sozialdemokraten, durch die Regierung Papen von seinem Posten entfernt. Bei der Verhaftungswelle im Jahre 1933 wurde auch Eggerstedt trotz seines schlechten Gesundheitszustandes festgenommen und zunächst vom Polizeipräsidium nach dem Altonaer Krankenhaus verbracht. Einige Zeit später wurde er nach dem KZ-Lager II Esterwegen überführt.

Der Nazi-Polizeipräsident von Altona hat in einem Schreiben vom 11. Aug. 1933 an die Verwaltung der Staatlichen Konzentrationslager in Papenburg auf Eggerstedt ganz besonders hingewiesen. In dem Schreiben heißt es:

"Unter den Schutzhäftlingen, die auf Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Schleswig-Holstein am 12. August der Verwaltungsdirektion zugeführt wurden, befindet sich auch der frühere Polizeipräsident von Altona, Eggerstedt. Eggerstedt ist - abgesehen von seiner früheren amtlichen Stellung als Polizeipräsident - führend in der sozialdemokratischen Bewegung - besonders in Schleswig-Holstein - tätig gewesen. Er hat durch persönliche Agitation in der ganzen Provinz die sozialdemokratischen Interessen mit besonderem Nachdruck gefördert und sein Amt als Polizeipräsident als Exponent seiner Partei verwaltet. Er war ein besonders verbissener und listiger Sozialdemokrat, der in engsten Beziehungen zu dem Minister Severing gestanden hat. Eggerstedt hat vor seiner Verhaftung die Absicht gehabt, nach Dänemark zu entfliehen. Sein Auto ist jedoch angehalten worden. Als er während seiner Schutzhaft krank wurde und in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte, haben ihm Freunde, darunter, wie es scheint, eine dänische Sozialistin, zur Flucht verhelfen wollen. Er wird daher besonders sorgfältig bewacht werden müssen".

Mit diesem Schreiben war der Mord an Otto Eggerstedt beschlossen. Der Nachmittag am Sonnabend, dem 12. Oktober, war für die Häftlinge dienstfrei. Gegen alle sonstigen Geflogenheiten mußten die Häftlinge plötzlich antreten. Auf die Anwesenheit von Eggerstedt wurde durch die SS-Mannschaften besonderer Wert gelegt. Die Häftlinge marschierten unter der Aufsicht der SS nach einem in der Nähe des Lagers gelegenen Waldstück, um dort gefällte Baumstämme nach dem Lager zu bringen. Eggerstedt wurde beim Tragen eines solchen Baumstammes durch den SS-Scharführer Theodor Groten aus Aachen erschossen. Ein weiterer SS-Mann gab auf den am Boden liegenden Schwerverletzten einen zweiten Schuss aus der Pistole ab.

Vor dem Schwurgericht in Oldenburg wurde der Mörder Groten wegen Verbruchs gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mittels versuchten, teils vollendetem gemeinschaftlichen Mord für schuldig befunden und zu lebenslänglichem Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Ungesüht aber geblieben ist die Haltung des Nazi-Polizeipräsidenten von Altona, der den oben erwähnten Begleitbrief geschrieben hat. Bezieht dieser schwerbelastete Polizeipräsident etwa heute Pension? Es scheint wichtig, daß diese Frage geklärt wird.

Otto Eggerstedt, dessen Grab unbekannt ist, ist gestorben im Alter von 47 Jahren als Opfer für seine Überzeugung, für seinen Kampf um das Recht und für die Freiheit. Wir werden und dürfen ihn wie die vielen anderen nicht vergessen.

Streit um Brecht und Sartre

G.F. Mainz

Im Jahre 1521 stand Luther vor dem Reichstag in Worms: "Hier stehe ich - und kann nicht anders". Er konnte seinen Thesen nicht widerrufen. Ein großes Denkmal in der alten Kaiser- und Domstadt soll noch heute daran erinnern.

Die Vertreter der Wormser Jugendverbände dachten an jenem Oktobernachmittag des Jahres 1958, an dem sie nach zweistündiger Debatte im Stadtjugendring beschlossen, die Aufführung von Brechts "Dreigroschenoper" und Sartres "Geschlossene Gesellschaft" nicht für das Jugendabonnement zuzulassen, bestimmt nicht an Luthers mannhaftes Eintreten für die Freiheit der Lehre gegenüber den Oberen von Kirche und Staat.

Daß sich die katholische Jugend gegen Sartre aussprach, lag auf der Hand. Schließlich ist der Index bindend. Den Anfang machte indes der protestantische Jugendpfarrer. (Siehe Luther!) Er erklärte unsere Jugend schlichtweg für unreif und kritiklos, weshalb man sie nicht mit Problemen konfrontieren könne, mit denen sie nicht fertig werde. Natürlich waren nicht alle seiner Meinung. Natürlich schätzten nicht alle wie er die Reife und das Urteilsvermögen unserer Jugend so gering. Aber im harten, zweistündigen Ringen wurden einige Kämpfer mürbe, die zu Beginn der Debatte noch der Meinung gewesen sein mögen, daß man unserer Jugend lehren müsse, wie aber nicht was sie zu denken habe. Nach der dritten Abstimmung war das Kräfteverhältnis schließlich eindeutig: 17 sprachen sich gegen Brecht und Sartre aus, 11 dafür.

Dieses "Drama in drei (Abstimmungs-) Akten" hatte auch ein Vorspiel. Voraufgegangen war der Protest der Leiter der drei Wormser Höheren Schulen an das Jugendamt der Stadt. Die - zumindest in Sachen der literarischen Zensur dieser Art - resoluten Wormser Schulmänner drohten für ihre Schüler ein Verbot des Besuchs der Aufführungen an, wenn Brecht und Sartre auf dem Spielplan für das Jugendabonnement bleiben sollten.

Um den dramaturgischen Anforderungen gerecht zu werden, ließ das Nachspiel nicht lange auf sich warten. Zwei Tage, nachdem die (keineswegs alle - auch am Geburtschein bemessen - jungen) Vertreter der Jugendverbände im Wormser Stadtjugendring der Öffentlichkeit das Schau-

spiel ihrer spezifischen Interpretation von geistiger und künstlerischer Freiheit geboten hatten, traf ein Protestbrief aus dem Taunusstädtchen Arnoldsheim in Worms ein. Darin stand klipp und klar: "Diese Auffassung ist feige. - Wie sollen wir Verantwortung lernen, wenn unser Denken rationalisiert wird?" Und weiter: "Ist es verantwortungsvolle Erziehung, der Jugend Fragen vorzuenthalten, die Brecht und Sartre an uns alle stellen? Ist es Ihre Aufgabe, die Fragwürdigkeit unseres Lebens zu verschleiern oder sie aufzuzeigen? Ist es Ihre Aufgabe, fertige Weltbilder zu liefern oder uns zum Denken anzuregen? Wollen Sie mit dieser Maßnahme die Unsicherheit verdecken, in die Sie durch die Fragen Brechts und Sartres geraten?" Die so massiv die Wormser "Jugend"-Vertreter in die Zange nahmen, waren 55 Teilnehmer eines Jugendseminars der Evangelischen Akademie. Sie gehören jener Konfession und jenem Jugendverband an, dessen exponierter Wormser Vertreter im Stadtjugendring den Stein des Anstoßes ins Rollen gebracht hatte.

Der Zufall wollte es, daß zur gleichen Stunde in nur 50 km entfernten Mainzer Studio des Südwestfunks sechs Vertreter verschiedener Jugendverbände für den Jugendfunk eine Diskussion aufs Band sprachen. Thema: "Die Tabus". Von der katholischen und evangelischen Jugend bis zur Gewerkschafts- und sozialistischen Jugend herrschte Einmütigkeit in der Forderung, die politischen - also auch die kulturpolitischen - Tabus abzubauen. Zumindest in der Jugend- und Jugendringarbeit. Theorie und Praxis ...?

In der ehrwürdigen Kaiserstadt Worms am Rhein waren Bert Brecht und Jean Paul Sartre noch nie so bekannt. Wie es heißt, soll die Kartennachfrage für die beiden Aufführungen, die selbstverständlich im allgemeinen Spielplan bleiben, die Platzkapazität weit übersteigen. Ein konfessioneller Jugendverband versuchte - auf Umwegen - gleich 150 Karten zu bekommen. So kehren sich manchmal die Dinge ins Gegenteil ...

+ + +

-----  
Verantwortlich: i. V. Albert Exler